

**Bekanntmachung von Beschlüssen
des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen
(GKV-Spitzenverband)
nach § 35 SGB V**

vom 5. Februar 2018

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat durch Beschluss vom 17. November 2017 (BAnz AT 12.01.2018 B4) eine Festbetragsgruppe gebildet.

Der GKV-Spitzenverband setzt gemäß § 35 Abs. 3 SGB V den Festbetrag für diese Festbetragsgruppe fest:

| Gruppenbeschreibung | Standardpackung |
|---|---|
| <p>verschreibungspflichtig</p> <p>parenterale Darreichungsformen</p> <p>Pulver für ein Konzentrat zur Herstellung einer Infusionslösung, Pulver zur Herstellung einer Infusionslösung</p> | <p>Wirkstärke 100 (w = Wirkstärke)</p> <p>Packungsgröße (pk) 3 Stück</p> <p>Festbetrag 1.751,23 Euro auf Ebene der Abgabepreise der pharmazeutischen Unternehmer</p> |
| | Regressionsgleichung |
| | $p = 0,003303509 \times w^{1,000000} \times pk^{1,008181}$ |

Für den hier aufgeführten Festbetrag und für die Festbeträge der jeweiligen Wirkstärken–Packungsgrößen–Kombinationen der entsprechenden Festbetragsgruppe, die sich durch Multiplikation des festgesetzten Festbetrages auf der Ebene der Abgabepreise der pharmazeutischen Unternehmer für die Standardpackung mit dem Ergebnis der zugehörigen Regressionsgleichung ergeben, gilt das folgende Umrechnungsverfahren auf die Ebene der Apothekenverkaufspreise mit Mehrwertsteuer: Zu dem rechnerisch ermittelten Wert werden gemäß der ab 1. August 2013 geltenden Fassung der Arzneimittelpreisverordnung für verschreibungspflichtige Arzneimittel der Großhandelszuschlag in Höhe von 3,15 % (höchstens jedoch 37,80 €) zuzüglich 0,70 €, der Apothekenzuschlag in Höhe von 3 % zuzüglich 8,35 € und 0,16 € sowie die Mehrwertsteuer in Höhe von 19 % hinzugerechnet.

Die Festbeträge gelten vom 1. April 2018 an.

Dieser Beschluss des GKV–Spitzenverbandes und seine Begründung können eingesehen werden beim:

GKV–Spitzenverband
Abteilung Arznei– und Heilmittel
Referat Arzneimittel–Daten
Reinhardtstraße 28
10117 Berlin

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Försterweg 2-6
14482 Potsdam

schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden. Die elektronische Form wird durch eine qualifizierte signierte Datei gewahrt, die nach den Maßgaben der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit der Justiz im Land Berlin vom 27. Dezember 2006 (GVBl. S. 1183) idF vom 19. Dezember 2017 (GVBl. S. 719) bzw. der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr im Land Brandenburg vom 14. Dezember 2006 (GVBl. II/06, S. 558) idF vom 19. Dezember 2017 (GVBl. II Nr. 73) in die elektronische Poststelle des jeweiligen Gerichts zu übermitteln ist.

Berlin, den 5. Februar 2018

GKV-Spitzenverband
Der Vorstand

Dr. Pfeiffer

von Stackelberg

Kiefer